

**Kommuniqué**  
**der 21. Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für**  
**die Angelegenheiten der Russlanddeutschen**  
**24./25. Mai 2016,**  
**in Omsk**

Die Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen (im Weiteren - die Regierungskommission) wurde auf deutscher Seite von dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und Mitglied des Deutschen Bundestages, Hartmut Koschyk und auf russischer Seite dem Leiter der Föderalen Agentur für Nationalitätenangelegenheiten Russlands (FADN), Igor Barinow geleitet.

1. Die Kommission erörterte die von der deutschen und der russischen Seite in 2015 geleistete Arbeit und zog eine positive Bilanz der von beiden Seiten durchgeführten Förderprojekte für die Russlanddeutschen im Jahr 2015.

Die Kommission stellt fest, dass die von der deutschen und russischen Seite durchgeführten Maßnahmen, vor allem in den Bereichen Kultur, Jugendarbeit, Spracharbeit, Förderung der ethnokulturellen Zentren der Russlanddeutschen, Unterstützung bei der Fortbildung von russlanddeutschen Fach- und Führungskräften und bei Partnerschaftsprojekten zur ethnokulturellen Entwicklung der Russlanddeutschen beitragen.

Beide Seiten bekräftigen, dass sie sich zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die weitere Entwicklung der ethnokulturellen Identität der Russlanddeutschen bekennen.

Die Kommission nahm die Informationen beider Seiten zur Kenntnis, dass im Jahr 2015 folgende Mittel zur Verfügung gestellt worden sind:

Seitens der Russische Föderation wurde in 2015

(im Rahmen von Haushaltsmitteln unterschiedlicher Ebenen) insgesamt ein Betrag in Höhe von 78.585.771 RUB, darunter ein Betrag in Höhe von 11.090.000 RUB, der aus Fördermitteln des Präsidenten finanziert worden ist, geleistet (siehe Anlage).

Die russische Seite informierte darüber, dass in 2015 in der Russischen Föderation als einem föderalen Staat die Quellen für die Förderung der russlanddeutschen Organisationen der föderale Haushalt, darunter auch im Rahmen der Co-Finanzierung regionaler Programme über das Föderale Zielprogramm „Festigung der Einheit der russischen Nation und die ethnokulturelle Entwicklung der Völker Russlands“, Haushalte von Subjekten der Russischen Föderation, u. a. im Rahmen von Ausschreibungen für sozial orientierte nichtkommerzielle Organisationen und Fördermitteln des Präsidenten, sowie eingeworbene Drittmittel waren.

Die russische Seite informierte, dass von Subjekten der Russischen Föderation den Russlanddeutschen zusätzlich mediale Unterstützung gewährt wird, Räumlichkeiten/Plätze kostenfrei für die Durchführung ethnokulturellen Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, sowie Unterstützung, auch finanzieller Art, für die Durchführung von ethnokulturellen Maßnahmen der Russlanddeutschen im Rahmen der Mittel, die für Häuser der Freundschaft und für Kulturhäuser in Wahrnehmung ihrer staatlichen Aufgabe vorgesehen sind, geleistet wird.

#### Durch die Bundesrepublik Deutschland wurden in 2015

insgesamt 9.411.558 EUR, darunter aus dem Haushalt des Bundesministeriums des Innern – 8.530.025 EUR, und aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes - 881.533 EUR bereitgestellt.

Die deutsche Seite informierte die russische Seite darüber, dass das Bundesministerium des Innern (BMI) im Jahr 2015 für die Förderung der Russlanddeutschen Mittel in Höhe von 8.530.025 EUR zur Verfügung gestellt hat. Die Summe beinhaltet die Finanzierung ethnokultureller Maßnahmen im Umfang von 7.913.607 EUR und die Förderung von Medien für Russlanddeutsche in Höhe von 616.418 EUR. In dem Förderbetrag für ethnokulturelle Maßnahmen sind 136.308 EUR für Instandsetzungsmaßnahmen des Russisch-Deutschen Hauses Omsk und 24.692 EUR für Instandsetzungsmaßnahmen im Deutsch-Russischen Haus Kaliningrad, gesamt 161.000 EUR für Instandsetzungsmaßnahmen, und für die Durchführung von Partnerschaftsmaßnahmen - 199.781 EUR enthalten.

Eine Liste der in 2015 verwirklichten Maßnahmen wird unter Angabe der Regionen, der Tätigkeitsschwerpunkte und der Medienprojekte als Anlage beigefügt.

Seitens des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland (AA) sind 2015 für die Förderung von Projekten zugunsten der deutschen Min-

derheit in der Russischen Föderation 881.533 EUR zur Verfügung gestellt worden. Davon wurden Maßnahmen zur Förderung von Deutsch-Kursen, Stipendien, Praktika in Deutschland, Schüler- und Jugendaustauschprojekten sowie Fördermaßnahmen für Medien und Fortbildungsmaßnahmen für Medienmitarbeiter finanziert.

Die russische Seite dankte der deutschen Seite für die Übergabe von detaillierten Informationen über die Projektfinanzierung und die zweckgebundene Verausgabung von Mitteln des BMI sowie durch deutsche Mittlerorganisationen in Russland (DAAD, Goethe-Institut, ZfA u.a.) in 2015 sowie für die Planungen für 2016 (Projektliste mit Angabe der Ziele und des Finanzierungsumfangs siehe Anlage).

Die deutsche Seite bekräftigte ihre Absicht, jährlich detaillierte Informationen über die Projektfinanzierung und die Zweckgebundenheit bei der Verausgabung der Mittel des BMI zur Förderung der Russlanddeutschen zu übergeben.

Die Kommission empfahl die Einbindung der Selbstorganisation der Russlanddeutschen (IVDK, JdR) in die jährliche Planung der Fördermaßnahmen für die Russlanddeutschen im Zuge der Aufstellung des Haushaltes des AA und verwies auf die Bereitschaft der Selbstorganisation, hierfür Projektvorschläge für die Bereiche Sprache, Jugend, Information und Ethnokulturelles vorzulegen.

Die deutsche Seite informierte, dass für Partnerschaftsmaßnahmen in 2015 dem Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland e.V. durch das Bundesministerium des Innern Fördermittel für die Projektdurchführung in Höhe von 85.735 EUR, der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. (LmDR) Mittel in Höhe von 20.274 EUR und dem Internationalen Verband der deutschen Kultur (IVDK) in Höhe von 93.772 EUR zugewiesen worden sind. Aus den genannten Projektmitteln zur Jugendarbeit wurden 10 Partnerschaftsprojekte in Deutschland und 9 Projekte in Russland realisiert. Mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland wurden 4 Projekte in Deutschland realisiert.

Die Kommission würdigte den praktischen Beitrag der Selbstorganisation der Deutschen Russlands (FNKA, IVDK, JdR) zur Bewahrung und Entwicklung des ethnokulturellen Potentials der Russlanddeutschen, die konstruktive Zusammenarbeit mit föderalen staatlichen Stellen und staatlichen Stellen der Subjekte der Russischen Föderation sowie die effektive Zusammenarbeit mit der deutschen Seite bei der Umsetzung des Förder-

programms für die deutsche Minderheit in Russland. Es wurde festgestellt, dass die Aktivitäten der Selbstorganisation auf einer rechtlichen Grundlage stattfinden, die die Änderungen in der Gesetzgebung der Russischen Föderation berücksichtigt.

#### Die Russische Föderation hat in 2016

einen Betrag in Höhe 66.294.800 RUB vorgesehen, davon werden 9.500.000 RUB im Rahmen von Fördermitteln des Präsidenten bereitgestellt (siehe Anlage).

Die russische Seite informierte darüber, dass im Jahr 2016 in der Russischen Föderation als Quellen für die Förderung der Russlanddeutschen sowohl der föderale Haushalt (insbesondere über Fördermittel des Präsidenten, die Co-Finanzierung regionaler Programme über das Föderale Zielprogramm „Festigung der Einheit der russischen Nation und die ethnokulturelle Entwicklung der Völker Russlands (2014-2020)“) als auch Haushalte von Subjekten der Russischen Föderation dienen.

#### Die Bundesrepublik Deutschland hat für 2016

insgesamt 9.500.000 EUR vorgesehen.

Die deutsche Seite informierte die russische Seite darüber, dass das BMI im Jahr 2016 beabsichtigt, für die Förderung der Russlanddeutschen insgesamt 8.619.775 € bereitzustellen. Diese Summe beinhaltet die Finanzierung ethnokultureller Maßnahmen mit 8.068.508 € sowie die Förderung von Medien der Russlanddeutschen und die Informationsarbeit für die Russlanddeutschen mit insgesamt 551.267 €. Eine Liste der beabsichtigten Maßnahmen wird unter Angabe der Regionen, der Tätigkeitsschwerpunkte und der Medienprojekte als Anlage beigelegt.

Seitens des AA ist geplant, im Jahr 2016 für die Förderung von Projekten zugunsten der deutschen Minderheit in der Russischen Föderation ca. 911.737 € zu bewilligen.

2. Im Jahr 2016 sollen Partnerschaftsprojekte zwischen gesellschaftlichen Organisationen der Russlanddeutschen in Russland und in Deutschland fortgesetzt werden.

Die Kommission nahm die Informationen der ersten stellvertretenden Vorsitzenden des IVDK, O.K. Martens, des Vorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, W. Eisenbraun, der Vorsitzenden der

Überregionalen gesellschaftlichen Organisation „Jugendring der Russlanddeutschen“ (JdR), M.N. Bauer, und des Co-Vorsitzenden des Jugend- und Studentenrings der Deutschen aus Russland, J. Iwakin, über die in 2015 durchgeführten Maßnahmen zur Kenntnis.

Die Vorsitzende des Jugendrings der Russlanddeutschen, JdR, M. Bauer, berichtete über die Entwicklung der Jugendarbeit und des Jugendaustausches mit den Partnerorganisationen: djo-Deutsche Jugend in Europa, Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland (JSDR) und Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV); dies festigte den durch die deutsche und die russische Seite unterstützten Partnerschaftskurs als Brücke der Freundschaft zwischen den beiden Gesellschaften in Deutschland und Russland.

Die Kommission begrüßte die Schritte, die zur Ausweitung der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Organisationen der Russlanddeutschen in der Russischen Föderation und Organisationen von Spätaussiedlern, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, unternommen wurden.

Die deutsche Seite informierte darüber, dass vom BMI für 2016 Fördermittel für Partnerschaftsprojekte in Höhe von 250.000 EUR vorgesehen sind. Davon entfallen: auf den Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland e. V. 105.200 €, auf die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland 31.000 € und auf den IVDK 113.800 €.

3. Die russische und die deutsche Seite sprachen sich für eine Wiederaufnahme der Arbeit an dem Entwurf eines neuen Abkommens zur Schaffung neuer rechtlicher Grundlagen für die Förderung der Russlanddeutschen aus.

Die Selbstorganisation der Russlanddeutschen sah ebenfalls die Notwendigkeit eines neuen Abkommens.

Beide Seiten vereinbarten, in der 2. Jahreshälfte 2016 eine Sitzung der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Entwurfs eines Regierungsabkommens unter Einbeziehung der zuständigen Behörden durchzuführen. Zeitraum und Ort der Durchführung werden auf Arbeitsebene präzisiert.

4. Die Kommission würdigte die Eröffnung des Kultur- und Geschäftszentrums "Russisch-Deutsches Haus" in Omsk (im Weiteren - RDH) in Anwesenheit des Gouverneurs des Verwaltungsgebiets Omsk, Viktor Nazarow,

des Leiters der FADN, Igor Barinow, des Beauftragten der Bundesrepublik Deutschland für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk sowie des Präsidenten der Föderalen national-kulturellen Autonomie der Russlanddeutschen, Heinrich Martens.

Beide Seiten hoben hervor, dass die Eröffnung des RDH ein bedeutendes Ereignis für die Festigung und Entwicklung des ethnokulturellen Potentials der Russlanddeutschen darstellt.

Die Regierung des Verwaltungsgebietes Omsk informierte darüber, dass der Stiftung zur Förderung kultureller und sozialwirtschaftlicher Initiativen ethnischer Deutscher „Wiedergeburt“ per Vertrag zur unentgeltlichen Nutzung Räumlichkeiten in der ul. Lenina 14/1, die im Eigentum des Verwaltungsgebietes Omsk stehen, für einen Zeitraum von 45 Jahren zur Verfügung gestellt wurden. Der Wert dieses im historischen Zentrum der Stadt Omsk gelegenen Objektes liegt bei 16.600.000 RUB. Die Gesamtfläche der überlassenen Räumlichkeiten im ersten und zweiten Obergeschoss des Gebäudes beträgt 382,3 m<sup>2</sup>.

Es wurden Sanierungsarbeiten in folgendem Umfang erbracht: Innenausbau der Räumlichkeiten des RDH, Montage der Innenbeleuchtung, Anschluss an das Telefonnetz und Internetanschluss, Anschluss an die Wärmeversorgung und an die Wasserversorgung.

Die deutsche Seite stellte Fördermittel in Höhe von 136.308 EUR für Sanierungsmaßnahmen in den Innenräumen des RDH und die Anschaffung von Ausstattungsgegenständen zur Verfügung; zusätzlich wurden Mittel in Höhe von 55.659 EUR für Außenanlagen und Fassade zur Verfügung gestellt.

Die Kommission begrüßte die Unterzeichnung einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Regierung des Verwaltungsgebietes Omsk und der Föderalen national-kulturellen Autonomie der Russlanddeutschen (siehe Anlage).

Beide Seiten bekundeten ihre Absicht deren Umsetzung informatorisch und organisatorisch zu unterstützen, auch durch die Anbahnung von Kontakten zu interessierten Organisationen, Einrichtungen und Unternehmen beider Länder.

Die Schaffung der RDH stellt einen neuen, wichtigen Schritt für die Bewahrung und Fortentwicklung des ethnokulturellen Erbes der Deutschen

le bei der Entwicklung der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen den gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen zu spielen.

5. Die russische Seite informierte die deutsche Seite, dass eine Änderung des Status und der Funktion der Autonomen Regionaleinrichtung „Russisch-Deutsches Haus der Altai-Region“ nicht geplant ist.
6. Die Kommission bestätigte die Notwendigkeit einer Fortsetzung der Kontrolle über die Projektarbeit und die finanziellen Aktivitäten der Kaliningrader Regionalen Gesellschaftlichen Einrichtung „Gesellschaft für deutsche Kultur und Russlanddeutsche ‚Eintracht-Soglassije““ und des Deutsch-Russischen Hauses Kaliningrad.

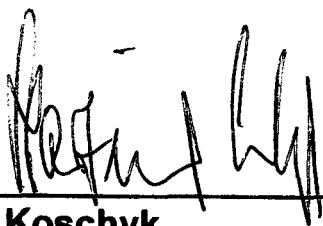
Die Kommission empfiehlt den Beitritt der regionalen gesellschaftlichen Organisationen der Russlanddeutschen des Verwaltungsgebiets Kaliningrad zur Struktur der Selbstorganisation der Deutschen Russlands.

7. Die Kommission nahm die Information des Präsidenten der FNKA, Heinrich Martens, über den auf der Grundlage und in Umsetzung des Erlasses des Präsidenten der Russischen Föderation Nr. 34 vom 31.01.2016 gemeinsam mit den Administrationen der Subjekte der Russischen Föderation zu erstellenden Maßnahmenkomplex zur ethnokulturellen und sozial-ökonomischen Entwicklung der Russlanddeutschen, dessen Ziel die sozialökonomische Entwicklung der deutschen Bevölkerung sowie die Weiterentwicklung der deutsch-russischen Zusammenarbeit bei der Förderung der Russlanddeutschen zur Kenntnis.

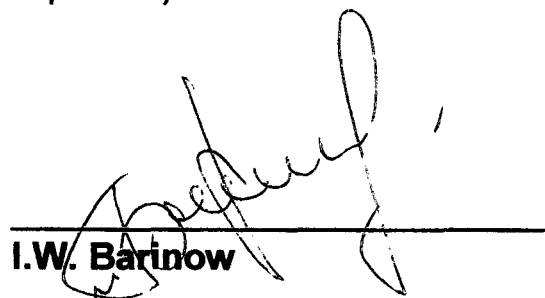
Der Vertreter des Verwaltungsgebietes Omsk berichtete von dem großen Interesse der Regierung des Verwaltungsgebietes Omsk an der gemeinsamen Umsetzung von Projekten zur sozialökonomischen Entwicklung des Deutschen Nationalen Rayons des Verwaltungsgebietes Omsk in Gestalt von Public Private Partnerships. Als mögliche Pilotprojekte wurden angegeben: 1) das Projekt "Schaffung eines überregionalen Zentrums für medizinische Rehabilitation" sowie 2) das Projekt "Ausbildung von Verwaltungspersonal für die Verwaltung des Deutschen Nationalen Rayons Asowo" auf der Grundlage partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Universitäten und Fachhochschulen des Verwaltungsgebietes Omsk und Deutschlands.

8. Beide Seiten nahmen den Bericht des Präsidenten der FNKA und Vorsitzenden des IVDK, Heinrich Martens, über die Vorschläge zur künftigen Ausrichtung der Projektarbeit zur Kenntnis, die folgende Punkte enthalten:
- Digitalisierung des russlanddeutschen Kulturerbes (neue elektronische Enzyklopädie der Russlanddeutschen, elektronische Bibliothek der Deutschen Russlands, Online-Museum der Deutschen Russlands, Register der materiellen und kulturellen Werte der Deutschen Russlands (auf der Grundlage der Zusammenarbeit und Kooperation in der Sprach- und Kulturarbeit mit deutschen kulturellen Mittlerorganisationen);
  - Entwicklung der Spracharbeit einschließlich des Wettbewerbs „Freunde der deutschen Sprache“ in Russland;
  - Weiterentwicklung der Jugendarbeit und des Jugendaustauschs im Rahmen des Deutsch-Russischen Jahres des Jugendaustausches.
9. Die russische Seite informierte die deutsche Seite, dass sie die rechtlichen Grundlagen im Hinblick darauf prüft, ob die Möglichkeit besteht, dass die FADN die Befugnisse zur Ausübung der Kontrolle über den Einsatz der im Rahmen der technischen Hilfe überlassenen Mittel entsprechend der Zweckbindung nach dem Föderalen Gesetz Nr. 95-FS wahrnimmt, unter anderem die Möglichkeit, eine Vereinbarung zwischen der FADN und dem IVDK über eine Zusammenarbeit im Bereich der internationalen technischen Hilfe abzuschließen, um das Verfahren zur Ausübung der genannten Kontrolle durch die FADN zu regeln.
10. Die deutsche Seite schlug vor, die nächste Sitzung der Regierungskommission in der ersten Jahreshälfte in 2017 in Oberfranken durchzuführen. Der Termin wird auf Arbeitsebene vereinbart.

Ausgefertigt am 25. Mai 2016 in Omsk, in zwei Exemplaren (jeweils ein Exemplar in deutscher und in russischer Sprache)



H. Koschyk



I.W. Barinow